

az ONLINE



Bierproduzent Feldschlösschen erhöht die Preise. Das Unternehmen will gegen den steigenden Anteil der Importbiere ankämpfen und die in der Schweiz produzierten Markenbiere stärken. Was halten Sie davon?

Sagen Sie uns Ihre Meinung oder stimmen Sie ab auf

- www.aargauerzeitung.ch
- www.baselandschaftliche.ch
- www.bzbasel.ch
- www.grenchnertagblatt.ch
- www.langenthalertagblatt.ch
- www.limmattalerzeitung.ch
- www.solothurnerzeitung.ch

VIDEO DES TAGES



Nadja Pieren, Vize-Präsidentin der SVP, nimmt Stellung zum «Fall Rickli» und nimmt Rickli in Schutz. Der SVP werde ein Skandal untergeschoben.

Presseschau

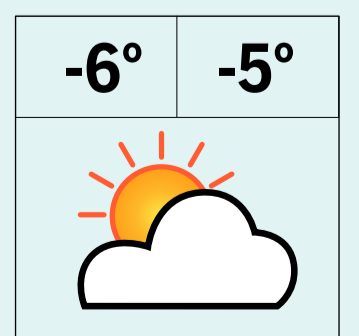
Süddeutsche Zeitung

Frankreich Zu spät, zu unentschieden, zu oberflächlich sind Sarkozys Pläne. Sollte er sie überhaupt umsetzen können, dann werden sie in den verbleibenden Monaten seiner Präsidentschaft kaum etwas bewirken. Frankreich braucht Reformen, aber sie müssen sehr viel tiefer gehen und die Strukturen verändern. Der Präsident wird bis zur letzten Minute kämpfen, so viel ist sicher. Sollte er verlieren, will er aus der Politik aussteigen und viel Geld verdienen.

EL PAIS

EU-Gipfel Seit Ausbruch der Finanzkrise wurden 17 Gipfeltreffen einberufen. Alle mit dem Ziel, die Euro-Krise zu beenden. Dabei hat man es nicht einmal geschafft, die Probleme in Griechenland zu lösen. Gestern wurde auch die Entscheidung über die Entscheidung Griechenlands erneut verschoben. Das zeugt nicht gerade von grosser Kompetenz. Auch das Problem der Schuldenfinanzierung von Ländern wie Italien, Spanien oder sogar Frankreich bleibt weiter ungelöst. Ein wirtschaftlicher Aufschwung ist nicht möglich, solange die Risikoprämie 300 Basispunkte übersteigt.

Das Wetter heute



Karikatur zu Syrien

ROTER TEPPICH IN SYRIEN...



Gastbeitrag zur Flüchtlingspolitik und Entwicklungszusammenarbeit

Humanitäre Schweiz – tatsächlich?

■ DER AUSTRALISCHE PHILOSOPH

Peter Singer beschrieb einmal folgende fiktive Geschichte: Stellen Sie sich vor, Sie gehen gerade an einem Teich vorbei. In diesem Teich sehen Sie ein Kind, das am Ertrinken ist. Weit und breit ist ausser ihnen niemand. Natürlich wollen Sie handeln. Das Problem ist aber: Sie tragen 600-fränkige Schuhe von Bally. Die Frage, die Singer stellt, erscheint geradezu abstrus: Dürften wir aus moralischer Perspektive darauf verzichten, das Kind zu retten, weil dabei unsere 600-fränkige Schuhe ruiniert würden? Jede und jeder bei klarem Verstand würde antworten: Nein, natürlich nicht. Das Leben des Kindes geht in jedem Fall vor. Mehr noch: Selbstverständlich würden wir das Kind nach Hause nehmen, es füttern, ihm trockene Kleider geben und es – bis seine Eltern eintreffen – beherbergen. Niemand würde fragen, woher das Kind kommt, oder was es vorher so alles gemacht hat.

WAS UNS IN EINER solch konkreten Situation absolut klar ist, erscheint plötzlich als Massstab nicht mehr gültig, wenn das Sterben nicht in unserem direkten Umfeld stattfindet. Genau dieses Phänomen erleben wir auch jetzt wieder, wenn sich Scharfmacher auf dem Buckel von Flüchtlingen aus Nordafrika profilieren. Jede und jeder, der oder die schon einmal in Ägypten, Tunesien oder Libyen war, wird bestätigen können, dass die dortige Armut und das Elend erdrückend sind. Zurück in der Schweiz, sind wir aber scheinbar fast einhellig der gleichen Meinung, dass alle, die jetzt kommen, gar keine echten Flüchtlinge sind. Sondern Wirtschaftsflüchtlinge, Scheinflüchtlinge! Als ob wir je auch nur einen Einzigen von ihnen selber befragt hätten.

NATÜRLICH SEI EINEM die humanitäre Tradition der Schweiz wichtig, hört man dann allenthalben. Aber man könne eben auch nicht alle aufnehmen. «Das Boot ist voll» spricht dann zwar niemand aus, gemeint ist



Cédric Wermuth

Der Autor, 25, aus Baden, schweizerisch-italienischer Doppelbürger, ist Vizepräsident der SP Schweiz und seit 2011 Nationalrat.

aber genau das. Die humanitäre Tradition ist zwar bereits im Rückblick eher Einbildung als historische Tatsache. Aber heute sollte der Ausdruck «humanitäre Tradition» eigentlich schon fast unter Strafe stehen.

1 000 000 000 (1000 Millionen oder 1 Milliarde) Menschen weltweit leiden chronisch unter Hunger. 37 000 Menschen sterben jeden Tag am Hunger und seinen Folgen – alle fünf Sekunden trifft es ein Kind unter 10 Jahren. 43 000 000 (43 Millionen) Menschen gelten gemäss UN-Flüchtlingshilfswerk als Flüchtlinge. 75 bis 80% dieser Flüchtlinge befinden sich heute in den Entwicklungsländern. Uns in der Festung Europa trifft nur die Spitze des Eisberges. So lebten Ende 2011 etwas mehr als 40 000 Flüchtlinge in der Schweiz (0,09% aller Flüchtlinge). Tunesien – das noch mitten in einer Revolution steckt – hat bis dato weit über 500 000 Menschen aus Libyen aufgenommen.

ODER NEHMEN WIR das Beispiel Pakistan. Pakistan gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Nimmt man allerdings das gesamte Bruttoinlandsprodukt des Landes pro Kopf und

teilt es durch die Anzahl Flüchtlinge (etwas über 1,9 Millionen), die es aufgenommen hat, kommt man auf 710 Flüchtlinge pro Franken und Kopf. Der Tschad kommt auf 225, Tansania noch auf 84. In der Schweiz sind es 0,8.

«ABER WIR LEISTEN DOCH Entwicklungszusammenarbeit», werfen die Vaterlandsverteidiger an dieser Stelle gerne ein. Gewiss tun wir das. Ganze 2,4 Milliarden pro Jahr – oder 0,4% des Bruttonationaleinkommens. Abgesehen davon, dass die UNO 0,7% fordert, tricksen wir uns sowieso raus. 16% dieses Aufwands (oder 400 Millionen) sind gar keine Gelder für Entwicklungszusammenarbeit. Sie bleiben sogar im Land und gehen zu einem grossen Teil in die Taschen privater Firmen. Die Schweiz rechnet nämlich die Beherbergungskosten von Asylsuchenden während des ersten Jahres an die Entwicklungshilfe an.

EINE «HUMANITÄRE» Politik müsste sich an der Weltlage orientieren. Das Gegenteil ist allerdings der Fall. Während 2010 die weltweiten Flüchtlingsströme einen Rekordstand im neuen Jahrtausend erreichten, nimmt die Schweiz zwischen 1999 und 2010 immer weniger Flüchtlinge auf. Jetzt sind die Zahlen erstmals wieder leicht angestiegen. Nur: 1999 waren es mehr als doppelt so viele wie heute, nämlich 105 000. Und trotzdem schreien Hetzer und Medien im Einklang, als würde «das Boot» gleich untergehen. Die Debatte hat die Grenze des Lächerlichen längst überschritten – sie ist nur noch beschämend.

Die az-Gastautoren

Pirmin Bischof, CVP-Ständerat (SO)
Christine Egerszegi, FDP-Ständerätin (AG)
Katja Gentinetta, politische Philosophin (AG)
Maya Graf, GPS-Nationalrätin (BL)
Lukas Reimann, SVP-Nationalrat (SG)
Iwan Rickenbacher, Politberater (CVP)
Peter Rothenbühler, Direktionsmitglied, Edipresse
Oswald Sigg, ehemaliger Bundesratssprecher
Cédric Wermuth, SP-Nationalrat (AG)

Kommentar

von Stefan Schmid



Karin Keller-Sutter will an Bundeszentren festhalten

Weiterwursteln geht nicht

■ Die St. Galler Justizdirektorin Keller-Sutter will an den geplanten Bundeszentren zur Unterbringung von Asylbewerbern festhalten. Wenn die hierzulande unglaublich langsamen Asylverfahren beschleunigt werden sollen, seien solche Zentren unabdingbar. Vielleicht hat sie recht damit, wer weiss das schon so genau? Vielleicht auch nicht. Was in Holland funktioniert, muss nicht automatisch auch bei uns klappen. Ein Zaubermittel sind die geplanten Bundeszentren sicher nicht. Die weltweiten Migrationsströme existieren, solange die Wohlstandsunterschiede so gross sind. Die Schweiz ist hier in hohem Masse von Entwicklungen abhängig, die sie kaum beeinflussen kann. Und sie ist abhängig vom Goodwill der Nachbarstaaten – allen voran Italien –, die bisher kaum Lust verspürten, die Dublin-Abkommen buchstabengetreu anzuwenden. Dennoch sollte Bundesrätin Sommaruga die Flinte nicht vorschnell ins Korn werfen. Dass Flüchtlinge in aller Regel nicht mit Pauken und Trompeten in den Dörfern und Städten des Landes empfangen werden, ist keine neue Erkenntnis. Widerstand ist vorprogrammiert. Doch davon darf sich die Justizministerin nicht beirren lassen. Eine gewisse Zentralisierung tut not. Straffere Verfahren setzen klarere Abläufe vom Empfang der Flüchtlinge bis zu deren Rückführung voraus. Es müssen ja nicht gerade Flüchtlingslager holländischer Dimensionen sein. Aber weiterwursteln wie bisher geht nicht.

stefan.schmid@azmedien.ch